

SHORT NEWS

Promesse tenue

La culture est un bien commun et en tant que telle, elle devrait être accessible à tous. Ce qui semble évident en théorie, l'est beaucoup moins en pratique. Surtout au Luxembourg où à côté des organisateurs privés, les institutions publiques vendent elles aussi des tickets inabordables pour celles et ceux contraint-e-s de vivre dans la précarité ou la pauvreté. C'est pourquoi le ministère de la culture a promis d'agir en juillet en prévoyant de créer un « Kulturpass » destiné aux couches sociales inférieures et leur permettant de fréquenter des spectacles et des musées gratuitement ou à prix abordables. Pourtant, cette revendication avait déjà été à l'affiche de l'ancien gouvernement et tout ce qu'il avait réussi à mettre en place était un comité interministériel qui à la fin n'a rien fait, laissant notre pays à la traîne face à ses voisins qui depuis longtemps ont installé des systèmes similaires. Il a fallu le ras-le-bol de la société civile et plus précisément de l'asbl Cultur'All, qui rassemble acteurs culturels et de personnes issues des milieux de l'aide sociale, pour que le gouvernement consente enfin à mettre en place le « Kulturpass », qui deviendra une réalité « courant 2010 », comme l'a promis Octavie Modert le 17 octobre pour la journée mondiale du refus de la pauvreté. On attend.

Wenn zwei sich streiten...

...lacht die ADR. Die jüngsten Aussagen der Vorsitzenden der „CSV-Stad“ Martine Mergen, wonach es gelte die Trambahn in der Stadt „auch aus finanzieller Hinsicht zu prüfen“ machen deutlich, dass das unter der letzten Koalitions-Regierung mit der aktuellen Schöffenratsmehrheit der Hauptstadt ausgehandelte Konzept einer Trambahn - vom Campus Geesseknäppchen über den Bahnhof und das Stadtzentrum in Richtung Kirchberg - noch immer auf wackligen Füßen steht. Der von der Parteiführung der CSV im Vorwahlkampf ins Spiel gebrachte Finanzierungsvorbehalt riskiert zur erneuten Bremse des überfälligen Projektes zu werden. Der ehemalige Transportminister und jetzige LSAP-Fraktionschef Lucien Lux musste sich voll ins Zeug legen, um der noch ungekürzten CSV-Anwärterin für das Bürgermeisteramt in der Hauptstadt Paroli zu bieten. In einer Pressemitteilung fordert die LSAP den zuständigen CSV-Minister auf, zum Koalitionsprogramm zu stehen. Sehr zur Freude der ADR, die in einer Stellungnahme an die „Pirouetten“ der Christsozialen in dieser Frage erinnert und sich ausmalt, wie die gleichen CSV-MandatärInnen in der Chamber für und im hauptstädtischen Gemeinderat gegen das Tramprojekt stimmen werden.

woxx@home

Ein bisschen Preisträger

Unser langjähriger Kollege Stefan Kunzmann wurde vergangene Woche in Luxemburg mit dem Journalistenpreis „pour la diversité, contre les discriminations“ für einen Artikel über die Welt der Taubstummen ausgezeichnet. Gleichzeitig erhielt er auch noch den Spezialpreis der Jury für die Reportage über seinen Selbstversuch als Obdachloser in Luxemburg. Ein bisschen stolz sind wir woxxler schon, da wir Stefan ein paar Jahre lang in die Feinheiten der Luxemburger Gesellschaft einführen durften. Seine erste journalistische Station nach Deutschland führte ihn nämlich in die woxx-Redaktion, die ihrerseits von der beruflichen Erfahrung des sympathischen Badeners profitieren konnte. Jetzt fiebern wir natürlich der zweiten Etappe entgegen: Im November wird aus den nationalen PreisträgerInnen der europaweite Sieger für das Jahr 2009 gekürt. Mal sehen ob er auch nach dieser Runde als Gewinner hervorgeht. Dass Luxemburg ausgerechnet für eine Obdachlosenstory prämiert würde, wäre doch ein schöner Ausgleich für unser überall vorherrschendes Reichenimage.

AKTUELL

BANKGEHEIMNIS

Deine Rede sei nein, nein

Raymond Klein

Zuerst die „schwarze Liste“, nun ist es der „Informationsaustausch durch die Hintertür“. Doch was die Luxemburger Finanzwelt als Bedrohung empfindet, ist für andere ein Hoffnungsschimmer.

War es ein Fehler, 1867 die Festung Luxemburg zu schleifen? Liest und hört man die einheimischen Medien, so könnte man den Eindruck bekommen, es herrsche wieder einmal im Belagerungszustand. Doch diesmal geht es nicht um militärische, sondern um wirtschaftliche Interessen - um das Bankgeheimnis, genau gesagt. Bei der Sitzung des Ecofin-Ministerrats am vergangenen Dienstag musste Luc Frieden von der Drohung mit einem Veto Gebrauch machen, um ein Kommissionsmandat zu Verhandlungen mit der Schweiz und anderen Ländern zu verhindern. Die von der EU-Kommission angestrebten Abkommen sollen helfen, den Steuerbetrug nach OECD-Norm zu bekämpfen, und hätten im Falle ihrer Realisierung weitreichende Konsequenzen. Der 2003 getätigte Deal zur EU-Zinssteuer-Richtlinie gesteht Luxemburg, Österreich und Belgien nur so lange eine Ausnahmeregelung zu, wie keine solchen Vereinbarungen bestehen. Mit anderen Worten: Der Beginn der Verhandlungen wäre der Anfang vom Ende des Bankgeheimnisses.

Die Argumente, die Frieden gegen eine solche Entwicklung anführt, sind zum Teil nachvollziehbar. Damit nämlich ein flächendeckender „automatischer Informationsaustausch“ zwischen den EU-Staaten in Kraft tritt, reicht es laut dem Beschluss von 2003, dass die europäischen Finanzplätze außerhalb der EU in den OECD-gemäßen „Informationsaustausch auf Anfrage“ einwilligen. Wenn also die Schweiz ihr Bankgeheimnis halb hergibt, muss Luxemburg seines ganz fahrenlassen - mit leicht einsehbaren Konsequenzen: Niedergang des heimischen Finanzplatzes und massive Kapitalflucht heraus aus dem EU-Raum.

Weniger nachvollziehbar ist Friedens Entrüstung über seine KollegInnen, die einen automatischen Informationsaustausch „durch die Hintertür“ einführen wollten. Der Zusammenhang zwischen den angestrebten Abkommen und dem auto-

matischen Informationsaustausch ist nämlich eine logische Folge des Deals von 2003. Als Gegenleistung hatten die Bankgeheimnis-Staaten damals eine Übergangszeit mit niedrigen Quellensteuersätzen herausgeschlagen.

Nicht ganz glaubwürdig ist schließlich Friedens Beteuerung, Luxemburg wolle den Steuerbetrug wirksam bekämpfen, da er sich zugleich für Abkommen nach OECD-Norm ausspricht. Luxemburg hat in der Tat die OECD-Bedingung erfüllt, mit über zwölf Staaten Doppelbesteuerungsabkommen abzuschließen. Doch die Erfahrung zeigt - kritisiert zum Beispiel John Christensen vom „Tax Justice Network“ -, dass der Informationsaustausch auf Anfrage wirkungslos ist. Bei einer Konferenz über Süd-Nord-Finanzflüsse am 13. Oktober plädierte der ehemalige Bankier vor einem Luxemburger Publikum daher für multilaterale Abkommen mit automatischem Informationsaustausch, unter Einschluss der Nicht-OECD-Staaten.

Ausgehend von den Folgen der Steuerflucht für die Entwicklungsländer - die von Organisationen wie Christian Aid angeprangert werden - kritisierte Christensen auch die Offshore-Zentren in der Karibik und die Rolle der Londoner City. Die Verpflichtung, staatlichen Behörden Auskunft über Vermögen und Einkommen zu erteilen, sei keineswegs ein Bruch der Menschenrechte, betonte Christensen. Denn es sei die Gesellschaft, die den Rahmen setzt, in dem das Geld erwirtschaftet wird. Die Quellensteuer, von Luxemburg als die bessere Alternative zum Informationsaustausch angepriesen, ist so gesehen nichts weiter als eine Art Ablass, mit denen sich die Reichen von ihren Pflichten freikaufen. Peter Niggli von der Schweizer NGO Alliance Sud, der ebenfalls an der Konferenz vor zwei Wochen teilnahm, bezeichnete das Bankgeheimnis in der woxx 1027 geradeheraus als „staatlichen Schutz für Steuerhinterzieher“. Niggli empfahl Ländern wie Luxemburg, nicht darüber zu klagen, dass nur von ihnen strenge Regeln gefordert würden, sondern darauf zu drängen, dass solche - grundsätzlich gerechten - Regeln weltweit gelten. Wird Luc Frieden, immerhin Minister einer C-Partei, sich bei der nächsten EU-Verhandlungsrunde diese Ermahnung zu Herzen nehmen?